

07.02.2025

Beweisantrag Nr. 16 der AfD-Fraktion

Aktenvorlageverlangen

Mitglieder des einundzwanzigsten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der AfD-Fraktion

Der 21. Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt wolle beschließen:

- I. Im Rahmen des Untersuchungsauftrages zu der Ziffer I und der Ziffer II lit. d) des Einsetzungsbeschlusses vom 22.01.2025 wird die Landesregierung aufgefordert, den Mitgliedern des 21. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gem. § 15 Abs. 1 des Untersuchungsausschussgesetzes folgende Unterlagen unverzüglich und vollständig vorzulegen:

Folgende Akten, betreffend die Informationen und den Schriftverkehr im Zusammenhang mit den durch die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommerns durchgeführten Gefährderansprachen mit dem Täter, sind dem PUA vorzulegen:

1. Informationen und Schriftverkehr bezüglich der durch die Landespolizei MV durchgeführten Gefährderansprachen mit dem Täter,
  2. Informationen und Schriftverkehr bezüglich der durch die Landespolizei MV geplanten und gescheiterten Gefährderansprachen mit dem Täter.
  3. Die Bereitstellung aller Akten soll in elektronischer Form (PDF), soweit vorhanden, und in Papierform erfolgen.
- II. Die Akten sind mit einer schriftlichen und namentlichen Vollständigkeitserklärung zu versehen.

Begründung:

Die Unterlagen dienen als unverzichtbare Arbeitsgrundlage, um einen Überblick über die durch die Landespolizei MV angedachten und durchgeführten Gefährderansprachen mit dem Täter zu erlangen.

Matthias Büttner (MdL)

Oliver Kirchner (MdL)

Ulrich Siegmund (MdL)